

POSTULAT von Thomas Müller (EVP, Stäfa), Johanna Treppe (SP, Zürich) und
Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)

betreffend Vorgehensweise bei zwangsweisen Rückführungen von Familien

Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, wie er künftig bei der zwangsweisen Rückführung von Familien vorgehen will, damit zumindest die Kinder von ihrer Umgebung in angemessener Form Abschied nehmen können.

Thomas Müller
Johanna Treppe
Susanne Rihs-Lanz

Begründung:

In jüngster Vergangenheit kam es in mehreren Familien zu zwangsweisen Rückführungen von abgewiesenen Asylbewerbern, bei denen auch Kinder betroffen waren. Diese Rückführungen werden in aller Regel unangekündigt vollzogen, um ein Untertauchen der Auszuschaffenden zu verhindern. Diese Praxis hat zur Folge, dass die Betroffenen innert kürzester Frist - manchmal gar nur weniger Minuten - ihre persönlichen Effekten packen müssen und dann weggeführt werden.

Während bei Einzelpersonen oder kinderlosen Ehepaaren ein solches Vorgehen - angesichts des Umstandes, dass vorgängig einer Ausreiseverpflichtung nicht Folge geleistet wurde - allenfalls noch hingenommen werden kann, muss es in all jenen Fällen, in denen Kinder involviert sind, als inakzeptabel zurückgewiesen werden. Kindern, die den Kindergarten oder die Schule besuchen, muss zumindest die Möglichkeit gegeben werden, dass sie in der Schule würdig Abschied nehmen können.